

Vordruck D.4 Eigenerklärungen

(vom Bieter bzw. jedem Mitglied der Bietergemeinschaft!)

Bieter: _____ **Unterauftragnehmer:** _____

Eigenerklärungen als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, als Zusicherung der Einhaltung von Ausführungsbedingungen und in Bezug auf die Trägerzulassung

Der Bieter/das Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt zu folgenden Ausschlussgründen :
--

1. Gründe im Zusammenhang mit einer schweren Verfehlung

Ich versichere, dass ich bzw. eine Person des Unternehmens, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen anzurechnen ist, keine schwere Verfehlung u.a. der nachstehenden Art gem. § 123 GWB begangen habe/hat:

- Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte, Betrug, Subventionsbetrug, Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr und von Mandatsträgern, Vorteilsgewährung und Bestechlichkeit, Menschenhandel, Förderung des Menschenhandels,
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u.a. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

Mir ist bekannt, dass gem. §§ 31 und 42 UVgO Unternehmen vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können.

Mir ist bekannt, dass bei Vorliegen von Ausschlussgründen unter Umständen eine Möglichkeit der Selbstreinigung gem. § 125 GWB besteht.

2. Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz

Ich versichere, dass sich mein Unternehmen **in keiner** der folgenden Situationen befindet:

- Es ist **zahlungsunfähig**.
- Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **beantragt** worden.
- Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **eröffnet** worden.
- Die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse **abgelehnt** worden.
- Es befindet sich im Verfahren der **Liquidation** oder hat seine Tätigkeit eingestellt.

3. Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen

Ich versichere, dass ich allen meinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowohl in Deutschland als auch in meinem Niederlassungsstaat – sofern es sich um einen anderen Niederlassungsstaat als Deutschland handelt – nachgekommen bin.

4. Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen

Mir ist bekannt, dass nach den folgenden spezialgesetzlichen Ausschlussregelungen

- gemäß § 21 Abs. 1 des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (AEntG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor der Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.
- gemäß § 19 Abs. 1 des **Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns** (MiLoG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße **von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre gegen mich **nicht verhängt** worden sind und ich mit **keiner temporären Auftragsperre** belegt worden bin.

Das Unternehmen hat meines Wissens bei der Ausführung öffentlicher Aufträge auch **nicht gegen seine sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen** verstoßen.

5. Einhaltung geltender zwingender Mindestarbeitsbedingungen

Ich verpflichte mich, im Auftragsfall die in meinem Unternehmen eingesetzten Arbeitnehmer/-innen nicht unter den für sie jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen zu entlohnen und alle weiteren gesetzlichen Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von zwingenden Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Ebenso werden die verpflichtenden Regelungen der Vergabemindestentgeltverordnung für Entgeltzahlungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im pädagogischen Bereich eingehalten.

6. Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation

Ich verpflichte mich, sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

7. Trägerzulassung gemäß §§ 176 Abs. 1 und 178 SGB III

Ich sichere zu, dass ich über die gemäß §§ 176 Abs. 1 und 178 SGB III erforderliche Trägerzulassung **bezogen auf den jeweiligen Fachbereich** nach § 5 Abs. 1 Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) verfüge. Ich verpflichte mich, auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb der mir gesetzten angemessenen Frist eine **Kopie des entsprechenden Zertifikats** nebst aktueller Anlage gemäß § 5 Abs. 6 AZAV vorzulegen. Über eine **ortsbezogene** Trägerzulassung werde ich erforderlichenfalls spätestens zum Maßnahmebeginn verfügen. Die Regelungen zur Zulassung gelten über § 16 SGB II für die SGB III-Leistungen, die im Rechtskreis SGB II Anwendung finden. Sie gelten dagegen nicht für die originär im SGB II geregelten Leistungen (§ 16c bis § 16f SGB II), soweit dies nicht ausdrücklich anders bestimmt wurde (§ 16h Abs. 4 SGB II).

Ich bin mir/Wir sind uns darüber bewusst, dass eine falsche Angabe der vorstehenden Erklärungen meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat und von weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann. Ich/wir erklären darüber hinaus, dass die vorgegeben Vordrucke verwendet wurden und keine Veränderungen an diesen Vordrucken vorgenommen wurden (vgl. A.5).

(Ort)

(Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift des Bieters)*

*** Die Unterschrift und der Firmenstempel sind bei den Mitgliedern einer Bietergemeinschaft erforderlich, nicht jedoch bei Einzelbietern bzw. Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft.**